Antrag

Initiator*innen: SSR (dort beschlossen am: 13.05.2025)

Titel: Erneuerung Stellungnahme BNE

Antragstext

1 Das Studierendenparlament bekräftigt ihre Stellungnahme zur Bildung für
2 nachhaltige Entwicklung (BNE) an der Universität Würzburg vom 20.07.2023.
3 Weiterhin bekennt sich das Studierendenparlament zu ihren sieben Leitplanken für
4 BNE und beauftragt zusätzlich den studentischen Sprecher*innenrat (SSR) zur
5 Umsetzung dieser Leitplanken.

6 Diese Leitplanken sind:

7 1. BNE betrifft uns alle - daher ist in allen Fächern dafür Sorge zu tragen,
8 dass BNE zur Sprache kommt.

9 2. BNE bedarf umfassender fachübergreifender Einführung genauso wie
10 fachspezifischer Einbettung.

11 3. BNE muss im Studienverlauf verpflichtend eine Rolle spielen, eine alleinige
12 Wahl- oder Wahlpflichtlösung ist keine zufriedenstellende Lösung.

13
14 4. Neben eigenständigen Modulen ist eine Einbettung in bestehende Module
15 notwendig.

16 5. Für ausreichende Kompetenz in der Lehre soll Dozierenden angeraten werden, an
17 entsprechenden hochschuldidaktischen Angeboten teilzunehmen oder eigenständig
18 erstellte Inhalte bei Expert*innen verifizieren zu lassen.

19 6. In regelmäßigen Events soll BNE zwischen den Fächern und Statusgruppen

20 diskutiert, evaluiert und weiterentwickelt werden. Bei diesem Prozess sind
21 Studierende einzubinden - bei Gremienentscheidungen sollen sie dabei die Hälfte
22 der Stimmen haben.

23 7. Für die Studiengänge, deren Curricula gesetzgebunden sind (bspw. Jura,
24 Medizin, Pharmazie) und die dadurch wenig bis keinen Spielraum haben, BNE
25 einzubinden, sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die eine umfassende
26 Bildung nachhaltiger Entwicklung der Studierenden dieser Fächer dennoch
27 ermöglichen. Dies kann bspw. in Form von Zusatzscheinen, Weiterbildungen oder
28 durch die Einbindung in bereits bestehende Module erfolgen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

A2

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Das Prüfungswesen einheitlich und fair gestalten**

Antragstext

1 Das Studierendenparlament möge beschließen, sich für eine umfassende Reform des
2 Prüfungswesens einzusetzen. Folgende Punkte sollen für universitätsinterne
3 Klausuren an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg Prüfungsleistungen
4 gelten:

5 1. Flexible An- und Abmeldung zu Prüfungen: Studierende sollen sich bis
6 spätestens 48 Stunden vor einer Prüfung an- bzw. abmelden können.

7 2. Nachholtermine für alle Prüfungsleistungen: Es sollen verpflichtend
8 Nachholtermine für erkrankte Studierende, Durchfallende sowie für freiwillige
9 Wiederholungen zur Notenverbesserung (falls möglich) angeboten werden.

10 3. Frühzeitige Bekanntgabe aller Prüfungstermine: Alle Prüfungstermine sollen
11 spätestens in der zweiten Semesterwoche veröffentlicht werden, um
12 Planungssicherheit zu gewährleisten und Prüfungskollisionen zu vermeiden.

Antrag

Initiator*innen: LHG

Titel: **Das Prüfungswesen einheitlich und fair gestalten**

Antragstext

1 Das Studierendenparlament beschließt, sich für eine umfassende Reform des
2 Prüfungswesens einzusetzen. Folgende Punkte sollen für Prüfungsleistungen an der
3 Julius-Maximilians-Universität Würzburg gelten:

4 1. Flexible An- und Abmeldung zu Prüfungen: Studierende sollen sich bis
5 spätestens 48 Stunden vor einer Prüfung abmelden können und bis zu einer
6 feststehenden Frist (die im Terminplan der Uni zu veröffentlichen ist) anmelden.

7 2. Nachholtermine für alle Prüfungsleistungen: Es sollen verpflichtend
8 Nachholtermine für erkrankte Studierende und Durchfallende angeboten werden.

9 3. Prüfungsleistungen von ganz-semesterigen Modulen, die im idealtypischen
10 Studienverlaufsplan eines Studiengangs innerhalb eines Fachsemesters gelistet
11 sind, sollen nicht auf den selben Tag fallen dürfen.

Begründung

Das aktuelle Prüfungswesen ist nicht einheitlich und führt zu unnötiger Belastung, Intransparenz und unnötigem Leistungsdruck. Eine Reform ist aus unserer Sicht längst überfällig und im Sinne eines fairen, transparenten und studierendenfreundlichen Systems unabdingbar.

Antrag

Initiator*innen: Referat Mobilität und Studentischer Sprecher*innenrat

Titel: **Vorschlag des Studierendenparlaments der JMU
Würzburg zur Preisgestaltung bei der
Erweiterung des Semestertickets**

Antragstext

1 Im Rahmen der Verhandlungen um eine mögliche Erweiterung des Geltungsbereichs
2 des Semestertickets in Würzburg und Schweinfurt auf den neuen Verbundraum des
3 NVM, stellt das Studierendenparlament folgende grundlegende Feststellungen für
4 die weiteren Verhandlungen auf. Der SSR und das Referat Mobilität werden
5 beauftragt, den Verkehrsverbänden und dem NVM einen Vorschlag zur Erweiterung
6 des Semestertickets auf Basis der nachfolgenden Argumentation zu machen.

7 Das Studierendenparlament unterstützt nachdrücklich eine Weiterführung des
8 Semestertickets. Gleichzeitig befürwortet das Studierendenparlament eine
9 Ausweitung des Geltungsbereichs des Semestertickets für alle Studierende der
10 Julius-Maximilians-Universität Würzburg (JMU), der Technischen Hochschule
11 Würzburg-Schweinfurt und der Hochschule für Musik Würzburg auf den Verbundraum
12 des neuen Verkehrsverbundes NVM. Damit würden erstmalig die Geltungsbereiche der
13 beiden Standorte Würzburg und Schweinfurt einander zugänglich gemacht und um
14 weitere Landkreise erweitert. Für Studierende aus dem Umland ist das ebenso eine
15 Verbesserung wie für Studierende, die im Rahmen von Praktika auf diese Weise
16 günstig ihre Praktikumsorte erreichen können. Vor allem die Anbindung an und von
17 Schweinfurt ist eine längst überfällige Lücke im studentischen Angebot der
18 örtlichen Verkehrsunternehmen.

19 Das Studierendenparlament schlägt für die Finanzierung der Angliederung und
20 Erweiterung des Geltungsbereichs einen gemeinsamen Preis für die Standorte
21 Würzburg und Schweinfurt und ein gemeinsames Semesterticket vor. Aufgrund der
22 überschaubaren Personenzahl an Nutzer*innen des erweiterten Verbundgebiets und

23 eingedenk des solidarischen Anteils, den alle Studierenden zu zahlen haben, hält
24 das Studierendenparlament einen einheitlichen Preis ab dem Sommersemester 2026
25 von 99,90 € für angemessen.

26 Zur Berechnung wurden folgende Zahlen herangezogen:

27 ~ 3.100 Studierende in Schweinfurt sorgen bei einem aktuellen Preis von 46 € /
28 Semester für zusätzliche Einnahmen in Höhe von 334.180 € pro Jahr.

29 ~ 33.000 Studierende in Würzburg sorgen bei einem aktuellen Preis von 96,50 € /
30 Semester für zusätzliche Einnahmen in Höhe von 224.400 € pro Jahr.

31 In Summe kann also mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 558.580 € für die
32 Verkehrsbetriebe im Verbundraum gerechnet werden.

33 Das Studierendenparlament nimmt an, dass für die Hochschulstandorte in Würzburg
34 der Bedarf an Fahrten zu großen Teilen im Rahmen des bisherigen Geltungsbereichs
35 des Semestertickets liegt. Das Studierendenparlament antizipiert, dass im Rahmen
36 des neuen Verbundraums 92 % der zu erwartenden Fahrten im bisherigen
37 Verbundraumgebiet liegen. Grundlage für diese Annahme sind ausgewertete
38 Wohndaten der Studierenden, nach denen weniger als 8 % der Studierenden der JMU
39 in den neu dazukommenden Landkreisen einen Wohnsitz angegeben haben. Für den
40 neuen Verbundraum wären daher Zusatzkosten in Höhe von 8 % der bisherigen
41 Zahlungen zu avisieren. Die bisherigen Zahlungen der Studierenden im Rahmen des
42 Semestertickets belaufen sich auf 6.654.200 €. 8 % davon entsprechen 532.336 €.

43 Der vorgeschlagene Betrag für die Kosten des Semestertickets von 99,90 €
44 übertrifft die genannte Summe, leistet einen deutlichen Beitrag zu den Kassen
45 der beteiligten Verkehrsunternehmen, bleibt für die Studierenden
46 sozialverträglich und überschreitet die psychologisch relevante Grenze von 100 €
47 / Semester nicht.

Begründung

Wird aus Antrag deutlich. Ggf. mündlich

Antrag

Initiator*innen: Studentischer Sprecher*innenrat und Henry Mörtl

Titel: **Verlängerung und Erweiterung Semesterticket Kultur**

Antragstext

1 In Anbetracht des zum Ende des Septembers diesen Jahres auslaufenden Vertrags
2 zum Semesterticket Kultur mit dem Mainfrankentheater, sowie des Vertrages mit
3 den Freien Theatern spricht sich das Studierendenparlament eindeutig für eine
4 Weiterführung dieser Angebote aus.

5 Das Studierendenparlament beurteilt das bestehende Semesterticket Kultur als
6 große Bereicherung studentischen kulturellen Lebens in Würzburg. Der
7 Solidarbeitrag von 2 € pro Person und Semester hat sich als erschwingliche und
8 gerechte Möglichkeit des kulturellen Zugangs etabliert, die von einer großen
9 Zahl an Studierenden jedes Semester gerne genutzt wird.

10 Das Studierendenparlament beauftragt den SSR, sich für eine Verlängerung des
11 Semestertickets Kultur mit dem Mainfrankentheater und mit den freien Theatern
12 einzusetzen. In seiner Ausrichtung soll sich dabei der neue Vertrag, unter
13 Rückbezug auf die in den 5 Jahren seiner Laufzeit gemachten Erfahrungen, an den
14 Konditionen des bisherigen orientieren. Maßgeblich bleibt weiterhin der
15 Beschluss des Studierendenparlaments zum Semesterticket Kultur vom 21.06.2017.

16 Das Studierendenparlament beauftragt den SSR darüber hinaus, dem
17 Gründungsgedanken des Semestertickets Kultur entsprechend, weitere kulturelle
18 Angebote in ähnlicher Ausgestaltung in das Semesterticket mit aufzunehmen.
19 Hierbei sind insbesondere die Kinos, Museen, Galerien, Theater, Orchester und
20 Chöre in Würzburg in den Blick zu nehmen.

21 Das Studierendenparlament erbittet bis zum Abschluss der Verhandlungen
22 regelmäßige Berichte unter einem eigens dafür in der Tagesordnung vorgesehenen
23 TOP der Sitzung des Studierendenparlaments.

24 Alle Abschlussvereinbarungen sind vor Unterzeichnung durch das
25 Studierendenparlament abzuseggen – ggf. per Umlaufbeschluss.

Begründung

Das „Semesterticket Kultur“ eröffnet auf solidarischer Basis allen Studierenden einen kostengünstigen und unbegrenzten Zugang zu den Kulturangeboten in der Region. Diese sozial gerechte Möglichkeit, kulturelle Weiterbildung und Studium Generale zu ermöglichen, bietet eine herausragende Chance, alle Studierenden in kulturelle Angebote einzubeziehen und gleichen Zugang zu schaffen. Die Integration weiterer Kulturangebote in ein studentische „Flatrateticket“ soll dabei den Bereich des Theaters auf weitere kulturelle Angebote erweitern.

Antrag

Initiator*innen: Referat Students' House und Studentischer Sprecher*innenrat

Titel: **Umbenennung Referat Students House**

Antragstext

1 Das „Referat Students House“ wird umbenannt in „Referat stuv hub“.

Begründung

Im Laufe des Mai 2025 ist die Studierendenvertretung umgezogen. Im Gebäude am Emil-Hilb-Weg 24 wurde mit der Räumung begonnen und das für diesen Zweck neu erbaute Gebäude in der Emil-Fischer-Str. 90 wurde bezogen.

Der Umzug gibt der Studierendenvertretung die Möglichkeit, sich markentechnisch neu aufzustellen und Schwierigkeiten in der Benennung des alten Hauses zu bereinigen. Aufgrund der Ähnlichkeit mit „Studentenhaus“ kam es dabei immer wieder zu Verwechslungen. Die Studierendenvertretung und ihre räumliche Verortung sollte allerdings eindeutig und unmissverständlich zuordbar und benennbar sein.

Außerdem soll durch die Aufnahme des Kürzels „stuv“, der seit dem im Jahr 2023 beschlossenen CI-Guide gültige Markenkern der Studierendenvertretung prominent platziert und in seiner Außenwirkung positiv konnotiert werden. Das neue Haus soll die Basis – der hub – der Studierendenvertretung sein und gleichzeitig allen interessierten und engagierten Studierenden offenstehen. Insofern dient er auch als Versammlungs- und Knotenzentrum studentischen Lebens am Campus Hubland Nord. Der SSR hat die Benennung des neuen Gebäudes in „stuv hub“ am 09.07.2024 beschlossen.